

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 72206

Insertenpreise: Die 10 Gelpalt. Kolonellseite 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf., Stellenangebote 10 Gelp. Kolonellseite 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten die 10 Gelp. Kolonellseite mit 50% Nachl. Restamesse 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 Gelp. Kolonellseite 40 Pf. bei Platzvorschrift 50 Pf., Restamesse 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich, nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger z. unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Gewerkschaften beim Reichspräsidenten

Forderungen zur Linderung der Not der Erwerbslosen, der Arbeiter und Angestellten. Nicht nur Osthilfe, auch Arbeitsbeschaffung, Arbeitszeitverkürzung, Lohnsicherung und Preissenkung

Schluß mit dem Lohnabbau

SPD Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des IFA-Bundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände sind unter der Führung von Theodor Leipart am 26. Februar beim Reichspräsidenten vorstellig geworden, um ihm in einer Aussprache die ernststen Besorgnisse der Gewerkschaften über die Lage der deutschen Arbeiterkraft und die Not der Erwerbslosen vorzutragen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen haben ihre Auffassung über die Lage der Wirtschaft und ihre Forderungen zur Vinderung der Not der Arbeiter und Angestellten, der Arbeitslosen wie der Erwerbslosen, in einer gemeinsamen schriftlichen Willensäußerung zusammengefaßt und zur Kenntnis des Reichspräsidenten gebracht. Die Kundgebung lautet:

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten möchten die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die überaus bedrückte Lage der deutschen Arbeitnehmer richten. Bei aller Würdigung der schwierigen Lage anderer Berufsklassen bleibt doch unbezweifelbar, daß Not und Elend nirgends so groß sind wie bei den fünf Millionen Erwerbslosen und deren Familien. Aber auch die Lebenshaltung der Arbeitenden ist so stark eingeschränkt, daß Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille, Gesundheit und Wirtschaft des deutschen Volkes darunter aufs schwerste leiden.

Unsere größte Sorge ist die um das Schicksal der unfreiwillig Arbeitslosen. Vornehmste Gegenwartsaufgabe ist die Wiedereinführung dieser Millionen in den Produktionsprozess. Die bisherigen Maßnahmen haben sich als unzulänglich erwiesen; einige davon, in erster Linie die vielfach schematisch durchgeführte Lohnsenkung, als schädlich. Nicht zuletzt in Auswirkung der die Kaufkraft verringenden Lohnsenkung ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen.

Die Einstellung der von den deutschen Unternehmern und amtlicherseits getriebenen Lohnsenkungspolitik ist eine der ersten Voraussetzungen zur Gesundung der Wirtschaft und zur Beruhigung der deutschen Arbeitnehmer.

Wir anerkennen, daß die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft und der Arbeitnehmer auch durch Ereignisse herbeigeführt worden ist, die zu besitzigen außerhalb der für Deutschland gegebenen Möglichkeiten liegt. Um so mehr ist notwendig, daß innerhalb der uns gezogenen Grenzen mit äußerster Energie an der Beseitigung aller Störungen der Wirtschaft gearbeitet wird. Das ist unserer Auffassung nach noch nicht im erforderlichen Ausmaße geschehen.

Soweit der Abbau der Preise in Frage kommt, vollzieht er sich langsamer als die Senkung der Löhne und Gehälter.

Auf weiten Gebieten ist ein Zurückgehen der Preise noch kaum sichtbar.

Hier liegen noch unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Konsumbelebung. Die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand wird gehemmt durch Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den beteiligten Verwaltungen, die sich praktisch als Erschwerung der zuzuführenden Arbeitsbeschaffung auswirken und deshalb beseitigt werden müssen. Die Erhöhung des Inlandsverbrauchs als eines der bedeutendsten Mittel zur Steigerung des Beschäftigungsgrades bedingt auch nach unserer Meinung eine leistungsfähige Landwirtschaft, deren Schutz aber innerhalb der Grenzen zu bleiben hat, die von der Rücksicht auf unseren industriellen Export und auf die Lebenshaltung der breiten Massen gezogen werden müssen.

Wir sehen uns deshalb genötigt, darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtig vorliegenden agrarpolitischen Pläne über diese Grenzen teilweise weit hinausgehen und u. E. abgelehnt werden müssen.

Bis zur vollen Beschäftigung des deutschen Produktionsapparates muß, um einen größeren Teil der unfreiwillig Arbeitslosen wieder in geregelte Tätigkeit zu bringen,

die Arbeitszeit wesentlich verkürzt, möglichst auf regelmäßig 40 Stunden gesenkt werden.

Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind unter Sicherung der Massenkraft mit größter Beschleunigung herbeizuführen.

Als eine unbedingte Notwendigkeit sehen wir die Erhaltung eines rechtlich gesicherten Anspruchs auf ein Existenzminimum für die arbeitslosen Volksgenossen an. Voraussetzung dazu ist die

Loderung der Tarifverträge

Ausfrierung in Nordwest angedroht

Bonn, 27. Februar (Eigener Drahtbericht).

Wie wir erfahren, hat der Arbeitgeber-Verband für die Metallindustrie Nordwest die Vertreter der tarifbeteiligten Gewerkschaften zum 27. Februar, nachmittags 4 Uhr, zu neuen Verhandlungen nach Essen eingeladen. Zweck der Besprechung ist, die lockere Gestaltung der Lohnsätze zu erreichen, die sich nach Auffassung der Arbeitgeber infolge der weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen als zwingende Notwendigkeit ergibt, um weiteren erheblichen Betriebsbeschränkungen und Massenentlassungen vorzubeugen. Die führenden Werke der Nordwestgruppe haben beschlossen, den Gewerkschaften noch einmal die Notwendigkeit eines sofortigen Lohnabbaus auf dem Wege einer Vereinbarung, d. h. durch

Abänderung des bestehenden, erst am 1. September frühestens kündbaren Tarifvertrags

vor Augen zu führen. In Gewerkschaftskreisen bezeichnet man das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes Nordwest als Fortsetzung der zur Vermeidung der Stilllegung der Hütte Ruhrort-Weidewich eingeleiteten Lohnsenkungsverhandlungen mit anderen Mitteln. Wie wir zuverlässig erfahren, wird der Deutsche Metallarbeiter-Verband gemäß seinem bisherigen Standpunkt die Forderung des Arbeitgeberverbandes auf Abänderung des Tarifvertrages strikt ablehnen. Der Arbeitgeberverband Nordwest wird seinen Forderungen mit der

Androhung der weiteren Entlassung von 40 bis 50 Tausend Metallarbeitern

Nachdruck verleihen.

Erhaltung der Arbeitslosenversicherung mit gesicherter Leistungsfähigkeit und die ausreichende Finanzierung einer anschließenden Fürsorge.

Mit besonderem Nachdruck erlauben wir uns die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die Angriffe zu lenken, die gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, das Schlichtungswesen einschließlich der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen und gegen die Sozialversicherung geführt werden. Die deutsche Arbeitnehmerschaft kann und darf nicht dulden, daß ihre Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und das Anrecht auf gesetzlich gewährleisteten Schutz im Falle unerschuldeter Leistungsunfähigkeit angefochten wird. Die Spitzenverbände der Arbeitnehmer haben den dringenden Wunsch, daß alle Schritte, die zur Linderung der Not der deutschen Arbeitnehmer erforderlich sind, im Einverständnis mit allen daran beteiligten Kreisen mit Beschleunigung durchgeführt werden. Die deutschen Arbeitnehmer haben seither größte Opfer gebracht. Sie müssen es aber, als dem Gesamtwohl widersprechend, ablehnen, im Mißverhältnis zu anderen Volksschichten über ihre Kraft hinaus mit den Folgen der wirtschaftlichen Krise beaufschlagt zu werden.

Agrarpolitik 1931

Steigerung der Massenbelastung!

Von Johannes K r e t z e n.

Noch nie ist in einem einzigen Jahre durch staatliche Maßnahmen sozial an der angeblich todkranken deutschen Landwirtschaft herumgedokktert worden wie im Jahre 1930. Die Gesetze, Gesetzesänderungen, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen usw., im Jahre 1930 in schneller Folge ans Licht der Öffentlichkeit gebracht, sind zu einem Dicken, kaum noch zu handhabenden Bündel angeschwollen. Böse Jungen sprechen von erfolgreichen Bemühungen um Arbeitsbeschaffung für die papiererzeugende und -verarbeitende Industrie und — für Paragrafenreiter. Wenigstens für diese, allerdings nicht gerade von der Agrargesetzgebung gemeinten Interessenten ist die Aussicht erfreulich, daß der Umfang der Gesetze und Verordnungen für die Landwirtschaft mit dem ganzen Drum-und-Dran von Denkschriften, Begründungen, Ausführungsbestimmungen usw. im Jahre 1931 noch wesentlich größer werden wird, als er schon 1930 war. Am 24. Februar begann der Reichstag die zweite Lesung des Etats des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Herr Schiele hat zur Einleitung einen langen Schrieb geredet, in dem er u. a. behauptete, die Aufrechterhaltung einer lebensfähigen Landwirtschaft sei „seit über einem Jahrzehnt nicht mit dem nötigen Nachdruck betrieben worden“, und deshalb sei es notwendig, „mit den Fehlern der Vergangenheit nunmehr gründlich aufzuräumen“. Diese „Gründlichkeit“ soll jetzt mit einem Niagarafall von Verordnungspapier möglichst in einem über uns ausgegossen werden.

Ueber die Frage, wie „mit den Fehlern der Vergangenheit aufzuräumen“ ist, Klarheit zu schaffen, war die Hauptaufgabe der Rede Schieles. Jedoch man muß schon sagen, daß sie nicht eben viel Klarheit geschaffen hat. Außer über die Wahlosigkeit der Regierungsabsichten! Der Sozialdemokratische Pressedienst schrieb dazu: „So weitgehende Vollermächtigungen, wie sie dies Programm vorstelt, sind in der Hand einer jeden Regierung ein gefährliches handelspolitisches Instrument.“ Vor allem in der Hand eines Kabinetts, in dem Herr Schiele, wie der Sozialdemokratische Pressedienst hervorhebt, „seine wesentlichsten Ermächtigungs-forderungen durchzusetzen vermochte trotz des großen Widerstandes, den ihnen ein Teil der Kabinettsmitglieder entgegengekehrt hat.“ Und noch mehr angefüllt von Gedanken-gängen, die in Schieles Reichstagsrede enthalten sind, die mit dem bisherigen handelspolitischen Kurs des Reiches durchaus nicht übereinstimmen. Ein Zentrumblatt, die Kölnische Volkszeitung, die der Gruppe zentrumsständiger Industrieller Respekt schuldig ist, sagt vom Agrarprogramm, es gebe „mehr Umtrieb als Präzision des Ziels“, es bedeute „Politik auf Vorrat“.

Fassen wir kurz die Absichten der Brüning-Schiele-Politik der nächsten Sachlichkeit, „unbeeinträchtigt von falsch-verstandenen Konsumentenwünschen und parteipolitisch über-spitztem Agrarradikalismus“ (wie Herr Schiele sagte), zusammen. Zunächst ist von einer verstärkten Produktionsumstellung die Rede, wobei die Regierung sich bemühen will, „durch eine entsprechende Preispolitik einen privatwirtschaftlichen Anreiz zu schaffen.“ Jedes irgendwie geartete Zwangsmittel lehnt die Regierung, so betonte Herr Schiele, „bewußt und mit allem Nachdruck ab.“ Eine Umgestaltung der Abnahmeverhältnisse soll „vom Berufsstand“ in engem Zusammenwirken mit der Regierung geleistet werden. Es sollen die in der Notverordnung vom 1. Dezember enthaltenen „Vorschriften zur Verbesserung der Marktverhältnisse für deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse“ durchgeführt werden. Der Zusammenschluß der Zuckerindustrie soll vollendet und es sollen Durchführungsbestimmungen zum Milchgesetz in Kraft gesetzt werden. Für die „Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens“ will die Regierung weitere Millionen zur Verfügung stellen. Bisher schätzte man die Kosten dieser „Rationalisierung“ auf 75 Millionen, jetzt sollen 90 Millionen Markt dafür aufgewandt werden.

Das ist der mehr oder weniger harmlose Anfang des Programms. Dann kommen Maßnahmen zur Förderung der Kartoffelproduktion und zur stärkeren Ausnutzung des Spiritusrechts der Kartoffelinteressen. Die „überschüssigen“ Zudermengen („überschüssig“, weil die breiten Massen nicht

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Leipart.

Allgemeiner freier Angestelltenbund
Stühr.

Deutscher Gewerkschaftsbund
Imbusch, Beckly.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände
Gustav Hartmann, Gustav Schnelder.